

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. Landesausgabe. 1947-1948 1948

46 (15.6.1948)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsheft: Mk 1,50 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,64 / Anzeigen nach Tarif gegen Kassenkassenzettel / Anzeigen- und Redaktionschluss Mittwoch und Samstag 14 Uhr

LANDESAUSGABE

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 3365 / Postfach 3365 - Freiburg i. Br. 4400
Bankkonto: Oberbayer. Bank, Zweigst. Lehr / Keine Kassenkassenzettel, bei Zahlung durch hdb. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

NR. 46 / 2. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 15. JUNI 1948

PREIS 20 PFENNIG

Bidault vor der Nationalversammlung

Frankreich am Scheideweg — Heute Fortsetzung der Debatte

Paris. Um 16.15 Uhr bestieg Außenminister Bidault am Freitag das Rednerpult, um die vom Kabinett gebilligte Sechsmächte-Politik gegenüber Westdeutschland der Nationalversammlung zu unterbreiten. Er führte in seiner Rede u. a. folgendes aus:

„Die heute beginnende Debatte war unerlässlich, denn sie erstreckt sich auf die für Frankreich, das so oft und so brutal überfallen wurde, wesentlichen Probleme. Die Regierung hatte die Verpflichtung übernommen, nichts ohne Billigung der Nationalversammlung zu unterzeichnen oder vertraglich zu vereinbaren. Heute stehe sie zu ihrer Verpflichtung.“

Die Freiheit bleibt auf beiden Seiten gewahrt. Ich stehe vor der Nationalversammlung nicht als Mann, der bedauert, was er getan hat. Sie werden von mir weder einen unheimlichen Enthusiasmus noch Entschuldigungen hören. Die einzige Sorge der Regierung besteht in der Schaffung der Möglichkeit für die Nationalversammlung, in aller Offenheit ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

Nach dem Zusammenbruch der internationalen Konferenzen vereinbarten Marshall, Bevin und ich, alle uns interessierenden Probleme, die sich nicht zu vier erwägen ließen, unter uns einer Betrachtung zu unterziehen. Da es unmöglich ist, Viererbesprechungen abzuhalten, hatten wir die Pflicht, zu dritt zu beraten. Das haben wir getan, wobei wir die Zustimmung der Nationalversammlung hatten.

Um einen Versuch zur Verbesserung einer sich mehr und mehr verschlechternden Situation zu unternehmen, trat in London eine Sechsmächtekonferenz zusammen. An dieser nahm auch Frankreich teil. Es fanden zwei Sitzungen und sich über drei Monate erstreckende Beratungen statt. Wenn man behauptet, wir hätten den Standpunkt Frankreichs nicht mit genügend Energie vertreten, so werde ich antworten, daß der Geschichte die Beurteilung hierfür zufällt. Wir bemühten uns, gegen zweiseitige Unternehmungen vorzugehen, denn es gibt in unserer Politik eine Konstante: jede Nichtteilnahme Frankreichs äußert sich in einer schwerwiegenden Schädigung der nationalen Interessen Frankreichs.

Ruhr, Sicherheit und zukünftige Gestaltung Deutschlands

Auf der Tagesordnung der Londoner Konferenz standen drei Fragen: die der Ruhr, der Sicherheit und der zukünftigen Gestaltung Deutschlands. Lediglich über die Ruhrfrage besteht eine Einigung. Bei den anderen beiden Fragen handelt es sich zunächst nur um Empfehlungen, um die Befriedigung gemeinsamer Absichten innerhalb des vorgesehenen Rahmens. Frankreich hat nie aufgehört, das Ruhrproblem zu betonen; und in London stand es im Vordergrund der Debatte.“

Eine Teillösung

Dann ging Bidault auf die verschiedenen Schwierigkeiten zwischen den Alliierten ein.

Frankfurter Besprechungen verschoben

Paris. Die französische Regierung ersuchte die britische und amerikanische Regierung durch ihre Botschafter in London und Washington, die für heute nach Frankfurt einberufene Besprechung der Oberkommandierenden der drei westlichen Besatzungszonen zur Erörterung der neuen Pläne für Westdeutschland mit den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder aufzuschieben. Die Botschafter wiesen darauf hin, daß General Koenig an dieser Besprechung unmöglich teilnehmen könne, bevor die französische Nationalversammlung die Debatte über die Londoner Vorschläge beendet habe.

Juden sollen Waffenstillstand verletzt haben

Damaskus. Der UN-Vermittler für Palästina, Graf Folke Bernadotte, hat, wie hier am Sonntag von zuverlässiger Seite verlautet, dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen drei Seiten langen verschlüsselten Bericht über die Waffenstillstandslage in Palästina zugesandt. In dem Bericht soll den Juden die Schuld für die Übertretungen der Waffenstillstandsbedingungen beigemessen werden. An die syrische Front wurden zwei militärische Beobachter entsandt. Graf Bernadotte, der am Sonntag nach Tel Aviv reiste, wird sich anschließend nach Rhodes und Kairo begeben, wo er eine Konferenz mit führenden Arabern abhalten wird.

Er erinnert an die Rede, worin Molotow ein Reich verlangte und an die Erklärungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Byrnes.

„Da ich der einzige der Außenminister bin, der öffentlich vor der Nationalversammlung über die Verhandlungen Rede und Antwort stehen muß, möchte ich, daß man genau weiß, wie die verschiedenen Standpunkte eines jeden zu Beginn waren.“

Mein großer Freund Bevin weigerte sich, ein neues Statut für die Ruhr anzuerkennen, solange sie von den Briten besetzt ist. Bevin forderte, daß, wenn es eine Ruhrkontrolle geben sollte, es auch eine solche für andere Gebiete geben müsse, wie zum Beispiel Schlesien. Auch Marshall war der Ansicht, daß während der militärischen Besatzungszeit nichts unternommen werden könne. Molotow endlich verlangte die sofortige Ruhrkontrolle durch die vier Mächte, äußerte

sich aber nicht näher über Dauer oder Art der Kontrolle. Also mußte das Problem geregelt werden, und es ist geregelt worden.

Als nach dem Londoner Mißerfolg es nicht mehr angängig war, die Verhandlungen mit den Westmächten besonders auch über die Saar weiter hinauszuschieben, hat die Regierung bei Wiederaufnahme der Besprechungen mit diesen über diesen Gegenstand gleichzeitig auf Regelung der Ruhrfrage bestanden, um wenigstens eine Teillösung zu erzielen.“

Die Ruhr ein internationaler Schatz

„Der Gedanke einer Abtrennung der Ruhr“, fuhr Bidault fort, „hat im Ausland nie irgendeine Unterstützung gefunden. Selbst bei uns hat er kaum noch Anhänger. Man kann also weder von einer Kapitulation noch von einem Zurückweichen der Regierung, sondern nur

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sowjetunion soll Invasionen planen

Ein Bericht des internationalen Ausschusses zum Studium europäischer Fragen

London. In einem am Sonnabend in London veröffentlichten Bericht des „internationalen Ausschusses zum Studium europäischer Fragen“ über „die Elemente des Friedens und des Krieges“ heißt es, die zur Zeit herrschende Unruhe bedeute nicht, daß ein neuer europäischer Krieg unvermeidbar sei. Der Bericht richtet sich an die Ministerpräsidenten und Außenminister der alliierten Nationen.

„Der Kampf um Deutschland“, so führt der Bericht fort, „der sich zur Zeit abspielt, stellt jedoch eine schwerwiegende Gefahr dar. Nur eine Verständigung der Mächte über die deutsche Frage, die noch immer möglich ist, kann den Frieden erhalten.“ Die „Elemente des Friedens“ schienen die „Elemente des Krieges“ zu überwiegen.

An anderer Stelle befaßt sich der Bericht mit angeblichen sowjetischen Plänen für eine „Invasion“ in anderen europäischen Ländern. „Seit mehr als einem Vierteljahr“, heißt es wörtlich in dem Dokument, „haben die verschiedenen Regierungen und Generalstäbe der westlichen Nationen durch ihre Nachrichtendienstberichte erhalten, die ziemlich beunruhigend klingen. In einem dieser Berichte ist von Zusammenziehungen sowjetischer Streitkräfte im Osten die Rede. In anderen wird das Bestehen sowjetischer Pläne zur Invasion Frankreichs, Italiens und Skandinaviens gemeldet. Derartige Berichte erfordern zweifellos verstärkte Aufmerksamkeit.“

„Wenn die Sowjetunion den Entschluß fassen würde“, heißt es weiter, „mit der Hilfe ihrer östlichen Vasallenstaaten plötzlich in Westeuropa einzufallen, dann könnte sie dies leicht tun und den Atlantischen Ozean und das Mittelmeer in einer verhältnismäßig kurzen Zeit erreichen.“

Die Sowjetunion habe eine Friedensarmee mit einer Stärke von etwa drei Millionen Mann, von denen die Hälfte in Osteuropa liege. Sie produziere zur Zeit zwölfmal so

viel Flugzeuge wie die Vereinigten Staaten und besitze eine Unterseebootsflotte, die wahrscheinlich an erster Stelle in der ganzen Welt stehe. Sie führe außerdem Versuche mit Raketen-Geschossen des „V 2“-Typs von Unterseebooten aus durch.

Ferner ist in dem Bericht von der Aufstellung einer deutschen Armee in der Sowjetunion die Rede, die sich aus einem beträchtlichen Teil der Millionen deutscher Kriegsgefangenen, von denen man nie wieder gehört habe, zusammensetze und die von Generalfeldmarschall Paulus und den Generalen von Seydlitz, Wagner und Schörner kommandiert werde.

Unter den „Elementen des Friedens“ stellt der Ausschuss in seinem Bericht die „große Überlegenheit der amerikanischen Armee“ über die der Sowjetunion auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Waffen überhaupt und im allgemeinen hinsichtlich der Qualität der Bewaffnung fest. Ferner sei bekannt, daß sich die Ankurbelung der amerikanischen Waffenproduktion außerordentlich schnell bewerkstelligen lasse.

Abschließend heißt es in dem Bericht des Ausschusses, die gleiche Aufeinanderfolge der Vorschläge für Friedensbesprechungen und der beunruhigenden Aufschlüsse habe die Zeit vor der Münchener Konferenz von 1938 gekennzeichnet.

Es sei der Sowjetunion seit dem vergangenen April klar geworden, daß sich die Möglichkeit für eine weitere Expansion in Europa durch nichtmilitärische Maßnahmen erschöpfe. In den kommenden Monaten wird die UdSSR ihre militärischen Positionen durch heftigen Nachdruck zu verbessern suchen. Der Grund hierfür sei, daß sie Schritte unternehmen wolle, bevor die Generalstäbe der fünf Westmächte zur Koordinierung ihrer Verteidigungspläne in der Lage sind oder bevor amerikanische Wiederaufrüstungspläne sehr weitgehend ausgeführt worden sind.

Erneuter Appell Trumans an UdSSR

Sowjetunion soll Friedenswillen durch Nachlassen der Taktik des „Zwanges und offener Aggression“ beweisen

Berkeley (Kalifornien). Präsident Truman forderte hier in seiner Rede-Kampagne für die Präsidentenwahlen die Sowjetunion auf, ihren Wunsch nach Frieden durch das Nachlassen ihrer Taktik des „Zwanges und offener Aggression“ zu beweisen. Die Weigerung der sowjetischen Regierung, mit ihren Kriegsverbündeten für den Weltfrieden und den Wiederaufbau zusammenzuarbeiten, sei die bitterste Enttäuschung unserer Zeit.

Die Vereinigten Staaten hätten ihre Friedensabsichten durch folgende Maßnahmen bewiesen: 1. Auflösung der größten militärischen Organisation in der Geschichte. 2. Demobilisierung der Armeen, die in Europa und im Pazifik kämpften. 3. Vorschläge, wonach die USA ihre Geheimnisse der Atomkraft unter angemessenen Garantien für die friedliche Anwendung derselben mit anderen Nationen teilen wollen. 4. Annähernd zwanzig Milliarden Dollar Anleihen und Schenkungen an andere Nationen. Die Sowjetunion dagegen habe a) die Teilnahme am ERP abgelehnt, b) in allen internationalen Konferenzen Verzögerungs- und Propagandataktiken angewandt, c) ihr Veto in den Vereinten Nationen übertrieben und ohne vernünftigen Grund angewandt, d) in Osteuropa indirekte Aggression betrieben und gegen Staaten im

Mittleren Osten äußerst scharfen Druck angewandt, und e) in den inneren Angelegenheiten anderer Länder durch die von Moskau geleitete kommunistische Partei interveniert.

Senatsausschuß gegen ERP-Kürzung

Washington. Der Bewilligungsausschuß des amerikanischen Senats stimmte am Sonnabend für die Wiederhinzufügung des größten Teiles der 25prozentigen Kürzung an der Marshallplan-Hilfe. Der Ausschuss beschloß einstimmig, eine Laufzeit von 12 Monaten für das gesamte Hilfsprogramm an Stelle der vom Repräsentantenhaus gebilligten 15 Monate festzulegen.

Nach dem Beschluß des Ausschusses wird nunmehr eine Totalsumme des ERP von 5,055 Milliarden Dollar empfohlen. Die amerikanische Regierung hatte ursprünglich 5,300 Milliarden Dollar gefordert. Die von diesem Ausschuss jetzt empfohlene Summe übertrifft die vom Repräsentantenhaus gebilligten Geldmittel um 950 Millionen Dollar.

Die Empfehlungen des Ausschusses werden wahrscheinlich Anfang dieser Woche dem Senat vorgelegt. Man erwartet ihre Billigung ohne wesentlichen Änderungen.

Isolierung oder Zusammenarbeit

G. A. Es ist schon einige Monate her, daß wir an dieser Stelle schrieben, die Geschichte der Friedenskonferenzen sei zugleich die Geschichte menschlicher Irrtümer. Wir verwiesen dabei auf den immer wiederkehrenden Fehler der Vergangenheit, die Struktur und Mentalität des besiegten Volkes unberücksichtigt zu lassen. Nur eine vertrauensvolle und verständige Zusammenarbeit, ein Anhören auch der Meinung des anderen, eine Aussprache über strittige Probleme fern von Mißtrauen hätte jene Atmosphäre schaffen können, die eine friedliche demokratische Entwicklung in Deutschland gefördert und zur weitgehenden Klärung der allgemeinen politischen Lage beigetragen hätte — keine Machtpolitik. Man hätte annehmen sollen, daß diesen Punkten, diesen „menschlichen Irrtümern“, bei den Verhandlungen über Deutschland Rechnung getragen und sie in einer durchdachteren Sphäre stattfinden würden. Die Londoner Empfehlungen müssen daher in vieler Hinsicht enttäuschen. Nicht nur, daß sie manche Lücken aufweisen, viele Probleme ungeklärt und Fragen offen bleiben, die Beschlüsse wurden gefaßt und über das deutsche Schicksal entschieden, ohne deutsche Vertreter hinzugezogen, das Urteil gefällt, ohne das Plädoyer der Verteidigung gehört zu haben. Die Beschlüsse stehen darüber hinaus auch im Widerspruch mit der Erklärung der alliierten Staaten auf der Haager Europa-Konferenz, die Gleichberechtigung Deutschlands in einem föderativen Europa sei der einzige Weg zur Rettung Europas. Der Stellungnahme der Demokratischen Partei in Rheinland-Pfalz zu dem Londoner Ergebnis, wenn das Bewußtsein der europäischen Verbundenheit sich künftig nicht stärker erweise als der Anspruch der nationalen Sicherheit, der abendländische Mensch dann in Gefahr gerate, seine Freiheit zu verlieren, muß voll und ganz zugestimmt werden.

Es dürfte sicher sein, und ausländische Kommentare bestätigen es, daß bei einer Hinzuziehung deutscher Vertreter zu der Londoner Konferenz manche jetzt offene gebliebene Frage geklärt und manche Beantwortung in beiderseitigem Interesse präziser formuliert worden wäre. So zum Beispiel die Frage des Besitzverhältnisses der Ruhr und die Ernennung deutscher Vertreter in die Ruhr-Kontrollbehörde durch die Besatzungsmacht, was keineswegs demokratischen Grundsätzen entspricht, das Recht der Besatzungsmacht deutschen Institutionen gegenüber; man versäumlte auch der geplanten westdeutschen Regierung die erforderlichen Vollmachten in Aussicht zu stellen, die sie benötigt, um verantwortlich zu sein. Hinsichtlich der zeitlich unbegrenzten Besetzung und der Formulierung: bis „der Friede in Europa“ gesichert sein wird, hätte es einer genaueren Definition bedurft und so weiter. Daß in bezug auf die Währungsreform keine näheren Ausführungen erfolgten, ist in Anbetracht der Durchführung in wenigen Tagen verständlich. Nicht erwähnt wurde in den Empfehlungen aber ferner die so wichtige Frage der Reparationen. All dies zeigt, daß die Beschlüsse in dieser Form nur eine Teillösung darstellen, die keineswegs befriedigen kann. Die Einigung, die unter den westlichen Alliierten in mancher Hinsicht erreicht worden ist, muß begrüßt und die Bemühung anerkannt werden. Eine endgültige Lösung des deutschen Problems kann jedoch nach wie vor nur durch ein Viererabkommen, also unter Hinzuziehung der Sowjetunion, erreicht werden.

Von der amerikanischen und britischen Regierung wurden diese Empfehlungen nun in der vorigen Woche gebilligt. Die Anerkennung durch die Regierungen der drei Beneluxländer darf als wahrscheinlich angesehen werden. Ueber die Haltung Frankreichs zu den Londoner Beschlüssen sind unsere Leser unterrichtet. Das starke Sicherheitsbedürfnis wird jedoch von weiten Kreisen nicht verstanden und, weil meist unrichtig interpretiert, falsche Schlussfolgerungen gezogen, die keineswegs dazu angetan sind, das deutsch-französische Verhältnis zu verbessern. Will man das Sicherheitsbedürfnis verstehen, das Frankreichs Haltung auch auf der Konferenz in London bestimmte und das den Verlauf der Verhandlung immer wieder erschwerte oder verzögerte, dann muß man in Betracht ziehen, daß Frankreichs politische Situation in Osteuropa sich mit dem zweiten Weltkrieg von Grund auf geändert hat. Die bisherigen Voraussetzungen, auf die sich die französische Außenpolitik nach Versailles stützte, sind nicht mehr gegeben. Das französische Volk war seit langem daran gewöhnt, im Osten eine Macht zu sehen, durch die das „Reich“ im Falle eines Krieges sofort in einen Frankreich entlastenden Zweifronten-Krieg

verwickelt würde. Vor dem ersten Weltkrieg hatte das zürstische Rüdian die Rolle des östlichen Bundesgenossen. Dann wurde das französische-russische Bündnis durch ein neues Paktsystem ersetzt, in das Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien einbezogen wurden. Diese Länder sind heute Frankreich aber nicht nur entfremdet, sie stehen vielmehr als von Moskau geprägte „Volkedemokratien“ politisch und ideell in einer Front, die gegen den Westen, also auch gegen Frankreich ausgerichtet sind. Heute nun ist Frankreich seit mehr als einem halben Jahrhundert zum ersten Male in Osteuropa ohne jeden Bundesgenossen. Ein Gefühl der Unsicherheit charakterisiert die französische Politik. Es erblickt deshalb nicht nur in dem zerfallenden und entworfenen Deutschland eine Gefahr, gegen die es sich mit allen diplomatisch-politischen Mitteln schützen zu müssen glaubt, es vermutet vor allem weiter östlich eine Bedrohung, die es zwar nicht direkt beim Namen nennt, gegen die sich aber auch ein Teil der Sicherheitsmaßnahmen richtet, die Frankreich anstrebt, wenn es von der „deutschen Gefahr“ spricht. Der Wunsch nach einer amerikanischen Militär-Garantie für die Westpaktmächte, die

nach letzten Informationen aus Washington bevorzugen scheint und die mit der Voraussetzung für die Lösung weiterer Fragen bildet, muß von diesen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Ohne diese Garantie hat jedes westeuropäische Paktsystem für die Franzosen nur einen problematischen Wert.

Vom französischen Kabinett wurde die Sechsmächte-Politik gegenüber Westdeutschland gebilligt. Die Debatte in der Nationalversammlung, die mit den Ausführungen Bidaults am Freitagmittag begann, wird heute fortgesetzt. Über die besondere Lage und die Schwierigkeiten der Regierung der Linken und Rechten gegenüber berichteten wir bereits. Nach bisher vorliegenden Meldungen darf angenommen werden, daß die Londoner Empfehlungen mit einer schwachen Mehrheit gebilligt werden. Eine Ablehnung der Londoner Beschlüsse würde ihr Inkrafttreten in Westdeutschland nicht verhindern, schreibt der „Combat“, denn „Westdeutschland werde dann ohne Frankreich gebildet, das auch keinen Anteil an der Ruhrkohle haben werde“. Frankreich hat zu wählen zwischen Isolierung und Zusammenarbeit.

Bidault vor der Nationalversammlung

(Fortsetzung von Seite 1)

von einer einfachen Feststellung sprechen, zu der wir durch die Tatsachen gezwungen wurden. Der internationale Ruhrkontrolle gegenüber zeigten sich unsere britischen und amerikanischen Alliierten starr ablehnend. So bekehrte sich die französische Delegation zu der Auffassung, daß die Kontrolle der Verteilung von Kohle, Koks und Stahl das einzige wäre, was Aussicht auf Erfolg verspreche.

Der Außenminister analysierte und kommentierte darauf Punkt für Punkt der Bestimmungen des Londoner Übereinkommens. Er hob hervor, die Präambel lege eindeutig fest, daß die Ruhr nicht als Militärarsenal dienen dürfe und die Hilfsquellen dieses deutschen Gebietes den Nachbarländern zur Verfügung stehen müßten. Er fügte hinzu: „Die Ruhr ist ein internationaler Schatz. Hat Frankreich den Alleinbesitz dieses Schatzes je gefordert? Hat es je die Ruhrherrschaft verlangt? Es forderte nur, dort vertreten zu sein. Den Vertragsbestimmungen gemäß ist es nun vertreten.“

Georges Bidault legte dann die Modalitäten der durch die internationale Produktionsbehörde ausgeübten Kontrolle über die Verteilung und Lieferung von Koks, Kohle und Stahl sowie die Überwachung der Schlüsselstellungen dar.

Für Föderalismus

Bidault ging dann auf die politische Organisation Deutschlands über und stellte fest: „Von Anbeginn der Verhandlungen an bewahrten wir ständig die gleiche Haltung. Der erste und vielleicht einzige Punkt, in dem wir Genugtuung erhielten, ist der der Ausschaltung Preußens. Das ist jedoch nicht ausreichend. Es ist unbedingt nötig, daß die zukünftige Gestaltung Deutschlands jede, selbst nichtpreussische Form eines kriegerischen Nationalismus ausschließt.“

Aus diesem Grunde sprachen wir uns entschlossen für einen Föderalismus aus. Diese Föderationen müssen geschaffen werden und untereinander harmonisieren. Alles, was jedoch die Wiedererrichtung eines „Reichs“ gestatten würde, kann nicht geduldet werden.“

Darauf nahm der Außenminister eine Prüfung des Standpunktes jedes der Verbündeten Frankreichs vor. In kurzen Zügen zeichnete Bidault anschließend die Bildung der Bizone, die seiner Ansicht nach nicht der französischen Auffassung von föderativen Staaten entspricht und fügte hinzu: „Frankreich hat nicht alles erlangt, was es forderte, setzte aber durch, daß das föderalistische Prinzip weder gebrochen, entstellt noch aufgegeben wurde. Ohne Föderation kann man keinen Föderalismus schaffen. Wir müssen eine uns befriedigende Teilung der Länder vornehmen. Ent-

sprechend den historischen Gegebenheiten muß die Grenzziehung der Länder vorgenommen werden.“

„Nichts Schlimmeres als das Nebeneinanderbestehen zweier Deutschlands“

Zur Einberufung einer deutschen Nationalversammlung auf den 1. September wies Bidault auf die langen Debatten hin, deren Gegenstand dieser Punkt war. „Wir hielten es für ein gefährliches Unternehmen, haben aber leider unsere Partner nicht überzeugen können.“

Wenn die Länder der Sowjetzone sich den anderen anschließen wollen und wenn ihnen das von der Besatzungsmacht gestattet wird, so erblicken wir darin nichts Unpassendes, sondern ganz im Gegenteil, wir würden es begrüßen. Es gibt in der Tat nichts Schlimmeres als das Nebeneinanderbestehen zweier Deutschlands und den Wettbewerb, der zwischen den Alliierten um die Gunst der von ihnen besetzten oder nichtbesetzten Länder ausbrechen wird.

Das Problem der Sicherheit

Darauf gelbte Bidault das Wiedererwachen politischer Ansprüche in Deutschland. Anschließend ging er zum dritten Teil seiner Darlegungen über: Die Sicherheit. „Dieses Problem bildet ein einheitliches Ganzes und es ist unmöglich, es in Teile aufzulegen. Zu allererst muß Deutschland wieder seinen Platz als friedliches Glied in der europäischen Völkergemeinschaft finden. Wenn die europäischen Nationen durch diesen Vertrag zur Prosperität gelangen, so löst sich dieses Problem von selbst.“

Kontrollinstanz nach der Besatzungszeit

In Ermangelung einer endgültigen Regelung nahmen sich Frankreich, die USA und Großbritannien an.

Warnung vor Reisen in die Sowjetzone. Die Hauptverwaltung der Eisenbahnen in Frankfurt warnte vor allen Reisen in die Sowjetzone, wenn die Reisenden nicht im Besitz der von den sowjetischen Kontrollstellen an den Zonengrenzen geforderten Unterlagen sind. Wie weiter bekannt wird, ist der gesamte Güterverkehr von den Westzonen nach Berlin von den Sowjets gesperrt worden.

Sowjets verweigern Räumung des Funkhauses. General Dratwin, der stellvertretende sowjetische Oberbefehlshaber, hat die Aufforderung der britischen Militärregierung, das Berliner Rundfunkhaus im britischen Sektor zu räumen, zurückgewiesen.

Dänische Schiffs-Katastrophe. Der Rundfunk gibt bekannt, daß bis jetzt 225 Opfer bei der Katastrophe des Dampfers „Kobenhavn“ zu beklagen seien. Die Katastrophe soll

britannien vor, Deutschland nicht eher zu räumen, als bis der Friede gesichert sei. Die drei Regierungen werden sich im Falle einer militärischen Bedrohung durch Deutschland konsultieren. Es bleiben noch die an Ort und Stelle praktisch zu ergreifenden Maßnahmen zur Entwarnung und Entmilitarisierung. Auf diesem Gebiet wurde nichts an den gültigen Abkommen geändert. Nur eine neue Bestimmung wurde vorgesehen. Die Schaffung eines Dreiparteien-Organismus zur Kontrolle der drei Westzonen als Vorläufer zur Errichtung einer Kontrollinstanz nach Ende der Besatzungszeit.

Wahl zwischen Isolierung oder Zusammenarbeit

Die Regierung stellt der Nationalversammlung nun die Frage, ob es allein um das Schicksal eines Mannes geht oder um die Wahl zwischen Isolierung oder Zusammenarbeit, zwischen vereinsamtem Rückzug oder dem zweifellos gefährlichen Vormarsch in Begleitung bewährter Gefährten zu einer gemeinsamen Zukunft für Europa und die Welt.

Die Londoner Empfehlungen sind keineswegs vollkommen, sie sind sogar weit davon entfernt. Aber sie sind brauchbar. Ich trete für sie ein und nehme die Verantwortung dafür auf mich. Es wäre unverantwortlich, alles zu verwerfen, was übrigens auch nicht verhindern würde, daß die Entscheidung auch ohne uns getroffen würde. Die Abwesenheiten sind immer im Unrecht. Ich bin überzeugt, daß Sie alle den Wunsch haben, uns überall anwesend zu sehen.

Frankreich muß ein Wort mitzureden haben. Wir werden dies mit um so größerer Wirksamkeit können, wenn die Nationalversammlung hinter der Regierung steht. Die Regierungen in Washington und London haben die Empfehlungen der Sachverständigen angenommen. Mit ihnen für eine vervollkommnungsfähige Lösung oder ohne sie in eine dunkle Zukunft mit ungewissem Übermorgen, so lautet die sich stellende Alternative. Die Nationalversammlung wird die Vorteile des Abkommens erkennen und annehmen. Um der Liebe zu Frankreich willen“, so schloß Bidault, „beschweige ich Sie, das Vaterland nicht im Stich zu lassen.“

Nach einer Debatte in der Nacht und am Samstagvormittag vertrat sie dann die Versammlung auf Dienstag.

Todesurteil im Mordprozeß Perner

Freiburg. Das Freiburger Schwurgericht fällt die Urteile im Mordprozeß Perner. Der Hauptangeklagte, Perner, wurde wegen Mordes im Zusammenstoß mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt. Wauer wegen Beihilfe zum Mord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 10 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte Spanagel erhielt wegen Totschlags in zwei Fällen eine Gefängnisstrafe von 7 Jahren. Perner wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer und Wauer für die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

auf die Explosion einer Treibmine zurückzuführen sein.

Anna von Bourbon und Exkönig Michael haben geheiratet. In aller Stille fand am Donnerstag in Athen die Hochzeit des Prinzen Michael von Hohenollern, Exkönig von Rumänien, mit der Prinzessin Anna von Bourbon-Parma statt.

Truman vermutet, Stalin sei „Gefangener“ des Politbüros. Truman hält Generalismus Stalin für einen Gefangenen des kommunistischen Politbüros. Der Präsident äußerte diese Ansicht anläßlich eines kurzen Aufenthaltes in Eugene (Oregon). Er fügte hinzu, daß dieser durchaus den Wunsch habe, sich an die von ihm eingegangenen Abmachungen zu halten, daß er aber durch das Politbüro der kommunistischen Partei daran gehindert werde.

DAS NEUE BUCH

Dito Flake: Jakob Burckhardt. Drei-Säulen-Verlag, Bad Wörzshofen, 1947 (27 S.). In seiner von Rudolf Schmitt-Schönbach herausgegebenen Reihe „Die Humanisten“ hat der rührige Verlag ein Essay Otto Flakes über Jakob Burckhardt vor, in dem ein Lebensabriß und eine Analyse des Geistes gegeben wird. Flake bekennt sich am Beispiel Burckhardts, dieses Aristokraten und Bürgers zugleich, zu den Werten des Städtischen, des vom Instinkt diktierten Males, des konservativen Liberalismus, der noblen Selbstbeachtung und des Objektivismus. Als Quintessenz dieser Betrachtung zeigt Flake am deutschen Beispiel, zumal am Beispiel Nietzsches, die Gefahren der entgegengesetzten Haltung: des Dynamismus und der Subjektivität. Burckhardt, der Verfasser der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“, bereinigt uns hier als Westeuropäer par excellence, der Basel trotz ehrenvoller Berufungen verläßt, zugleich aber bekannt, daß er außerhalb Roms nie mehr recht glücklich sein werde, der vom zivilisatorischen Wert des französischen Wesens überzeugt ist und daneben als Nachkomme von Schwarzwäldern und als Ränkeshüler ins Reich strahlt. Das Besondere, das Überzeitliche und das Gewohnte bestimmt seine Haltung, edifiziert Flake und weist auf Burckhardts Entsetzen über alles Demagogische hin, auf seine Verachtung aller Wirkungen, die sich in Zahlen ausdrücken läßt. Anspielend wie Erasmus, der gleichfalls in Basel tätig gewesen, hält dieser Mann des 15. Jahrhunderts die Ströme der Zeit vom sich fern; trotz seiner weltmännischen, vorrevolutionären Gesinnung entbehrt er nicht phantastischer Züge. Geringfügig dürfte er vom Individualismus, um in respektvoller vom Allgemeinmenschlichen getragener, er forderte, indem er als geschichtsbildendes Element bewußte vitalistische Impulse erkannte. Wir leben in dem aufschreienden, klar umrissenen Bild der Persönlichkeit Burckhardts, wie sie uns Flake aus dem deutschen Gefühl einer Wesensverwandtschaft übermitteln, den Schweizer Gelehrten als ausgeprägten visuellen Typus, dem trotz aller Harmonie eine pessimistische Tiefenansicht zu eigen war.

Briefe an die Redaktion:

Die Stellung der Landwirtschaft im Industriestaat

Der ausgezeichnete Artikel von Herrn Martell in Nr. 41 vom 29. Mai 1948 der Zeitung „Das Neue Baden“ bestätigt im allgemeinen auch meine Erfahrungen, die ich dienstlich in mehr als 20jähriger Tätigkeit bei Arbeitsämtern mit überwiegend landwirtschaftlicher Struktur sammeln konnte. Das Schoßkind aller Regierungen, mögen sie nun kommunistisch, republikanisch oder monarchistisch sein, ist die Industrie. Diese Entwicklung ist nun schon seit nahezu 100 Jahren zu beobachten. Die Anerkennung der Ernährungswirtschaft als Grundlage des Staates beschränkte sich im wesentlichen auf Baden, die man auf landwirtschaftlichen Ausstellungen oder bei Wahlen zum Stimmenfang hielt. Die Wirklichkeit sah anders aus: Die Großstädte, die ja im wesentlichen die Industriezentren sind, wurden finanziell, verkehrstechnisch, kulturell und baulich bevorzugt. Das Groteske ist, daß ausgerechnet im Dritten Reich, das einen verlogenen-sentimentalen Kult mit Schlagworten von Blut und Boden und dem Bauern als erstem Stand im Staate trieb, vom Jahre 1937 eine erneute Landflucht zugunsten der Industrie einsetzte und seither eigentlich nicht mehr abgerissen ist. Ein wiederaufblühendes Interesse für die Landwirtschaft ist in der Bevölkerung immer nur vorübergehend nach den verlorenen Kriegen zu beobachten, wenn die Nahrungsmittel knapp werden. Nach Stabilisierung der Verhältnisse ist alles wieder vergessen; wir haben das ja alle schon einmal nach dem ersten Weltkrieg erlebt.

Schon jetzt macht sich wieder ein Landarbeitermangel bemerkbar, der es in absehbarer Zeit der Landwirtschaft nicht mehr möglich machen wird, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gesamtvolk ausreichend nachzukommen. Andererseits ist zu beobachten, daß vielfach neu eröffnete gewerbliche Mittel- und Kleinbetriebe ihre Produktionsstätten aufs Land und in die Dörfer zu verlegen suchen, um leichter Arbeitskräfte zu bekommen. Die Erfahrungen zeigen, daß unbegreiflicherweise viele Landbürgermeister, die den Landarbeitermangel beklagen, dieser Entwicklung noch bereitwillig Vorschub leisten. Daß die Landwirtschaft außerdem in der Unterbringung und Entlohnung der Landarbeiter das ihre tun muß, soll nicht unerwähnt bleiben. Auch muß der Frage der Lohnangleichung an die Industriebelegschaft nähergetreten werden; man wird dabei um die Nachprüfung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht herumkommen. Solange der Bauer kaum die Gesteuerpreise für seine Waren erhält, wird hier kaum eine Besserung eintreten. Ferner muß daran gedacht werden, den Landarbeiter auf dem Lande selbst zu machen. Solche Aufgaben kann allerdings die Landwirtschaft nicht allein in Angriff nehmen, hier muß der Staat eingreifen.

Werden diese Fragen nunmehr nicht ernstlich in Angriff genommen, so wird die Welt (denn diese Probleme treten ja auch in anderen Industriestaaten auf) letzten Endes durch die allseits so beliebte Industrialisierung verhungern. Noch ist es nicht soweit, aber jede große Katastrophe, wie z. B. ein Krieg, zeigt eine Verschärfung der Entwicklung in dieser Richtung. Mögen die Staatsmänner aller Länder in Verantwortung für die Zukunft dies rechtzeitig erkennen.

Dr. A. Wildermuth, Nagold.

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Günter Almann. Anschrift: Redakt.: Lahr/Schw., Postf. 276. Tel. 2355. Verlag: Demokratische Verlagsanstalt, Lahr/Schw. Druck: Moritz Schwanberg, Lahr/Schw. — K. & H. Greiner, Badstätt (Baden). — Südwestdruck K.-G., Lörach. — A. Raiff & Co., Offenburg (Baden).

„Die Wasserblase“

von Ernst Penzoldt

Kein Tag vergeht, an dem uns nicht ein kleines, nachdenkliches Wunder der Schöpfung begegnet, das der liebenden Betrachtung wert ist. Gestern war es ein Insekt, ein winziges Würmchen, das sich auf meinem Knie niedergelassen hatte, ja recht eigentlich darauf gelandet war. Und da ich es anschaute, erst mit bloßem Auge, dann durch die Lupe, die ich immer bei mir trage und der ich so viele Freuden verdanke, da verwunderte ich mich. Wie konnte das Tier denn fliegen, da ich doch keine Flügel daran entdecken konnte, falls sie nicht am Ende unter den kleinen, stahlblauen Decken Platz fanden, die ihm auf dem Rücken wie ein Ränzels oder Tornisterchen saßen? Sie machten kaum ein Fünftel der Größe des Käfers aus. Der bewegliche, schmale Hinterleib war davon völlig unbedeckt. Nun aber lüpfte es die Schutzflügel, und dort, o Wunder, zwiefach zusammengeklappt waren die durchsichtigen Tragflächen untergebracht. Ich sah, wie sie sich entfalten, streckten und in den Gelenken ginschnappten. Sie begannen zu summen und trugen das Würmchen durch die Lüfte.

Man sollte sich wahrhaftig die Zeit nehmen und jeden Tag fünf Minuten lang irgendein Stück Natur ganz genau ansehen.

Heute war es nun eine Wasserblase, auf einer Pfütze schwimmend, die durch ihre Dunkelheit Tiefe vortäuschte, eine pfirsichrote Luftblase, die uns stillstehenden zwang, als wir durch den Park lustwandelten, ein Nichts also, innen aus Luft, außen von Luft umge-

ben, aber doch eben noch sichtbar, reinlich von ihr getrennt durch eine unmeßbar dünne, geheimnisvolle, gewichtslose Wand aus Feuchte, ein durchscheinendes, hauchartiges Gebilde, das sich in der stillen Wasserfläche spiegelte und so zu einer vollkommenen Kugel oder dem S-Bild der Kugel ergänzte.

Auf ihrer Oberfläche aber war es lebendig: Regenbogenfarben flossen unaufhörlich ineinander, silberblaue, rosige, smaragdgrüne, bildeten Länder und Meere, wie auf einem Erdglobus, durchströmten sich, stießen sich ab, wirbelnd, flammend, in ewiger Unruhe. Die Wasserkugel, glatt und rund, wie aus feinstem Glas, aber in sich fließend, gleich den Seifenblasen, wie sie Kinder mittels eines Strohhalmes durch ihren Atem hervorbringen. Hier aber hatte die Natur geknetet und aus etwas Luft und Nässe ein untadeliges Rund geschaffen, ein Abbild des Vollkommenen, in sich Gehaltenen, von harmonischer Ausgewogenheit: das Gleichnis eines schönen Gedankens.

Ein recht vergänglich Bild, wird man sagen. Aber ein Bild des Ewigen dennoch, ja unvergänglich: denn die Idee der Kugel ist unzerstörbar.

Auf einem Bilde des Konrad Witt, das den Fischzug Petri darstellt, ist eine solche Wasserblase abgemalt. Sie schwingt zu Füßen des auf dem Wasser wandelnden Herrn, und auf ihrer Oberfläche glänzen zwei Lichter, als spiegelte sich ein Fenster darin.

Wir warteten es nicht ab, bis die Wasserblase barst, die irisierende Perle, in der wir uns spiegelten, der Park, der Himmel und die Sonne, und dies alles in uns.



Aussichten der Obsternte im Breisgau

Die diesjährige Kirschen- und Apfelernte im Breisgau, einschließlich des Kaiserstuhls, ist in vollem Gange. Im Vergleich zum Vorjahr fällt sie erheblich geringer aus: im ganzen gesehen, kann man den Ertrag einer schwachen Mittelernte gleichsetzen. Bessere Erträge versprechen nach dem gegenwärtigen Stand die Apfelmäuer, auch der Behang der Zwetschenbäume ist stellenweise befriedigend, an manchen Stellen jedoch stehen Fehlernten an Zwetschen in Aussicht. Birnen gibt es an hochstämmigen Bäumen im allgemeinen wenig, besser sieht es an den in Buschform geformten Birnenanlagen aus. An den Nubäumen wird man vielleicht mit einer Drittelernte rechnen können.

Der Landesernährungsbeirat zur Vieh- und Kirschenumlage

Freiburg. Der Landesernährungsbeirat, dem Vertreter der politischen Parteien und des Badischen Gewerkschaftsbundes und des badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes angehören, haben sich in einer Sitzung am Montag u. s. mit der Vieh- und Kirschenumlage befaßt. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Tonnage der Viehumlage nicht höher sein dürfe, als durch den normalen Anfall von Schlachttvieh zur Verfügung steht. Durch Überalterung, Krankheit und Sterblichkeit werde immer sowie Schlachttvieh anfallen, daß die Bevölkerung einigermaßen ernährt werden kann. Jungtiere könnten nur in dem Ausmaß weggenommen werden, als durch Sterblichkeit anfallt. Zuchttiere müßten unter allen Umständen ungenutzt bleiben, da diese die Milch- und Fettquelle für die Zukunft darstellen. In der Entschließung wird vorgeschlagen, in der Umlagefestsetzung keine Klassen vorzuschreiben.

Mit der Regelung der Kirschenumlage erklärte sich der Beirat insoweit einverstanden, als ein erfüllbares Soll über die Gemeinden den landwirtschaftlichen Betrieben auferlegt werde. Die freie Spitze, die sich nach Ablieferung des Solls ergibt, müsse zur Verfügung der Bauern bleiben. Kontrollen, außer an den Landesgrenzen, könnten bei dieser Regelung unterbleiben. Der Beirat erhob jedoch scharfen Protest gegen die Umlage von Brennholz und bezeichnete es als unverständlich, daß in der heutigen Notzeit das für die Ernährung der Bevölkerung so notwendige Obst zu Brennholz verwendet werden soll.

Eine Weinuntersuchung

Im Laufe dieser Woche erfolgt eine Weinuntersuchung von 1/2 Liter auf Abschnitte der Lebensmittelliste, die noch bekanntgegeben werden. Für alle Normalverbraucher, Teil- und Vollbesitzergruppen — außer den bekanntgegebenen Weinbauern der Selbstverbrauchsgruppe A — und für das Personal in Krankenhäusern und Lungenheilstätten, das am 1. 6. über 20 Jahre alt ist. Der Wein wird in den Gaststätten, die bisher geöffnet hatten und für das deutsche Publikum zur Verfügung stehen, ausgeteilt werden.

1800 Gramm Textilien pro Kopf

Die Zentralstelle für Textilwirtschaft in Badenweiler, die für die ganze französische Zone zuständig ist, hat seit einiger Zeit — wie bereits gemeldet — einen Teil ihrer Aufgaben den drei Landesstellen für Textilwirtschaft in Reutlingen, Schopfheim i. B. und Neustadt a. d. Haard übertragen. Die Zentralstelle in Badenweiler ist nach wie vor für die wirtschaftliche Gesamtplanung im Textilsektor für die ganze französische Zone zuständig. Sie verteilt ferner die für die Versorgung stellten Rohstoffe auf die drei Länder während die drei Landesstellen für die Textilwirtschaft die Weiterleitung auf die einzelnen Firmen ihres Bezirkes nach Maßgabe

der aufgestellten Produktionsprogramme vornehmen. Seit Beginn des Jahres ist insoweit eine Neuordnung eingetreten, als das für den zivilen Bedarf vorgesehene Kontingent jetzt immer rohstoffmäßig gedeckt ist. Die ausgegebenen Bezugsrechte entsprechen stets der Menge der Ware, die auf Grund der Rohstoffzufuhren hergestellt werden kann. Im Jahre 1948 kommen 1800 Gramm Textilien auf den Kopf der Bevölkerung, davon sind 300 Gramm für den öffentlichen Bedarf bestimmt, 500 Gramm kommen für die Herstellung des so dringenden Bedarfs an Arbeitskleidern in Frage und der Rest von 1000 Gramm ist für den allgemeinen Bedarf bestimmt. Insbesondere Arbeitskleidung wird jetzt laufend hergestellt. Der Nachschub der erforderlichen Rohstoffe für das 4. Quartal 1948 soll schnellstens eingeleitet werden. Die Spinnerien sind gegenwärtig mit Rohstoffen bis Ende Juni eingedeckt. Die Einkäufe an Rohstoffen sind bis Ende September getätigt.

Weitere Export-Erleichterungen im Rahmen der „Biga“

Die bereits früher bekanntgegebenen Export-Erleichterungen für die unter der Bezeichnung „Biga“ bekannte Export-Musterchau fanden jetzt eine Erweiterung in einer Sonderregelung für die „Biga“. Diese Sonderregelung besteht darin, daß Exportabschlüsse der Exportgüterfertigung der Kategorie zwei bis zu einer Höhe von 25.000 Mark durch das Ofoconex Freiburg an der Exportbörse unmittelbar und sofort getätigt werden können. Es ist also eine Sonderregelung durch die zuständigen Dienststellen in Baden-Baden hierfür nicht erforderlich. Diese Sonderregelung gilt nur für die Aussteller der 2. Badischen Industrie- und Gewerbeausstellung. Die Abschlüsse der Exportgüterfertigung der Kategorie drei sind hinsichtlich ihrer Höhe überhaupt nicht begrenzt. Die Verhandlungen zwischen den ausländischen Interessenten und den Exportbetrieben finden unmittelbar statt.

LANDESSCHRONIK

Lahr. Der 60. Geburtstag des Oberbürgermeisters Dr. Waeldin wurde in Anwesenheit von Staatspräsident Wohleb und Landtagspräsident Dr. Person sowie zahlreicher Gäste und unter starker Anteilnahme der Bevölkerung in schlichter, doch eindrucksvoller Weise gefeiert. Die Verdienste Dr. Waeldins um seine Heimatstadt und um das Land Baden wurden in zahlreichen Ansprachen gewürdigt. Der Jubilar dankte in bewegten Worten für die ihm in so unerwartet hohem Maße zuteil gewordenen Ehrungen und versprach, auch weiterhin seine ganze Kraft der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Emmendingen. Die Freilichtspiele des Jahres 1948 auf dem Platz hinter dem alten Marktschloß in Emmendingen begannen am 4. Juli. Zur Eröffnung ist das dreiteilige Schauspiel „Die Rabenaterin“ von Ernst v. Wildenbruch vorgesehen. Während der Dauer der Spielzeit — Juli bis mit September — bekommen die von Emmendingen abgeschickten Briefe und Postkarten einen Post-Sonderstempel.

Altsimmernwald. Der alte Schwarzwälder Bauernstil mit dem Walmdach kommt wieder im Simonswälder Tal neuerdings zu Ehren. Nachdem beinahe sämtliche Bauernhäuser mit wenig Ausnahmen offene Giebel zeigten und von alten Stil abgewichen sind, haben neuerdings mehrere Bauernhäuser wieder ein Vordach, sog. Walmdach, erhalten. Durch dieses Vordach wird Raum gewonnen, und die Giebelwand erhält Schutz vor Unwetter.

Singen. In der stimmungsvollen geschmückten Scheffelhalle beginnt der Ortsverein Singen des Badischen Roten Kreuzes die Feier seines 50jährigen Bestehens. Nach Begrüßungsworten des Ortsvereinsvorsitzenden, Bürgermeister Diez, erinnerte Bereitschaftsleiter Dr. med. Schreier an die Gründung der Sanitätskolonne Singen am 20. Juni 1896. Einzelheiten aus der Arbeit der mütterlichen und weiblichen Bereitschaften wurden bekannt. Als Gratulant des Landesauschusses und auch

Die Tuberkulosebekämpfung in Südbaden

St. Blasien. Vor Jahresfrist ist in unserem Grenzland Südbaden eine besondere Aktion zur Bekämpfung der Tuberkulose ins Leben gerufen worden. Sie dient dem Zweck, den Gefahren der Tuberkulose im Gefolge des Krieges und den verheerenden Auswirkungen dieser Volksseuche auf die Gesundheit der Bevölkerung im allgemeinen und die Jugend im besonderen wirksam entgegenzutreten. Diese Aktion verfügt z. Zt. über zwei Heilstätten, die Grenzlandheilstätte Schwenningen und die Grenzlandheilstätte St. Blasien. Im abgelaufenen Jahre ist es möglich gewesen, in diesen Heilstätten unter Leitung erfahrener Fachleute auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung wirksame Abwehrmaßnahmen durchzuführen und zumindest eine Grundlage zu wesentlichen Erfolgen zu legen.

Die verantwortlichen Stellen des Staates und der Militärregierung haben dieser Aktion zwar großes Verständnis entgegengebracht und tatkräftige Hilfe geleistet. Das Gelingen wäre aber unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich gewesen, wenn nicht das schweizerische Aktionskomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose im Grenzland in Basel unter Führung bedeutender Persönlichkeiten der Basler Regierung besonders erhebliche Mengen an hochwertigen Lebensmitteln gespendet hätte. Infolgedessen konnten den Patienten in den angeführten Heilstätten täglich über 3000 Kalorien auch qualitativ hochwertiger Nahrung verabfolgt werden.

Leider fehlen z. Zt. infolge der Auswirkungen des Krieges im Lande Baden geeignete spezielle Operationsmöglichkeiten, die den Anforderungen moderner Wissenschaft und Krankenhauspraxis entsprechen. Auch diese Lücke hat das Aktionskomitee der Schweiz geschlossen, indem es die operative Versorgung der Patienten des Grenzlandes Baden im Basler Bürgerspital durchgeführt hat. In dankbarer Anerkennung der Hilfsbereitschaft, die unsere Landesleute im Basler Bürgerspi-

tal bereits erfahren haben und noch genießen, ist festzustellen, daß die vorliegende Aktion eine sehr segensreiche Einrichtung zum Nutzen unseres Landes darstellt.

Dieser Tage haben sich nun die Vertreter des Schweizer Aktionskomitees und der französischen Militärregierung in St. Blasien zusammengefunden, haben sich von dem Gelingen überzeugt und haben auch mit Rücksicht auf die zielbewußte Selbsthilfe der verantwortlichen deutschen Stellen gerne ihre weitere zusätzliche Hilfe und Unterstützung in Aussicht gestellt. Auch hatte Staatspräsident Wohleb zusammen mit führenden Herren seiner Regierung am 4. Juni in Basel Gelegenheit, die entscheidenden Probleme, vor die unser Land in der Tuberkulosebekämpfung gestellt ist, mit Vertretern der französischen Militärregierung unter Führung von Herrn Inspekteur General Coulon (Baden-Baden) und den verantwortlichen Herren des Schweizer Aktionskomitees eingehend zu erörtern. Hiernach ist zu hoffen, daß die Tuberkulosebekämpfung weitere Fortschritte machen wird und diese Volksseuche noch wirksamer bekämpft werden kann.

Landestreffen der Kirchenchöre

Den Auftakt für das Landestreffen der Kirchenchöre in Singen bildete die Sitzung des Verbandesrates und der Vertreter der einzelnen Kirchenchöre mit einem Vortrag von Oberkirchenrat Dürr über „Chorgesang und Gemeindesingen im Gottesdienst“. Der Kirchenchor Schopfheim unter Leitung von Bruno Penitz gestaltete eine Abendfeier mit Werken zeitgenössischer Komponisten, an der Orgel Kirchenmusikdirektor Gerhard Zeggert (St. Georgen), Chor und Orchester Singen, Leitung Walter Rieger, hatten die musikalische Ausgestaltung des Vortrags. Der Gottesdienstes übernommen und brachten eine Sinfonie von J. S. Bach und ein Konzert von H. Schütz zur Aufführung. Der Festgottesdienst am Nachmittag bildete den Höhepunkt. Die Festpredigt hielt Pfarrer Hens (Eppelheim). Die Leitung des Chors von etwa 1200 Sängern hatte Prof. Dr. Poppen (Heidelberg) übernommen, und gewollt war die Macht der Klänge zum Preise des Herrn. Dessen Trambits brachte in vollendeter Weiss Werke von Bach zum Vortrag. Die Leitung der Posaumenthore lag in Händen von Dr. E. Gruber. In freudiger Opferbereitschaft waren alle Schwierigkeiten bis zum endgültigen Gelingen überwunden worden. Gegen 30 Chöre haben am Landestreffen teilgenommen.

Parteinachrichten

Tagung des Kulturausschusses

Am 3. Juni tagte im Hotel „Hohenzollern“ in Freiburg der Kulturausschuss der DP. Im Vordergrund der Debatte standen allgemeine Schulfragen. Die Mitglieder des Ausschusses waren sich darin einig, daß die Notwendigkeit einer Schulreform bejaht werden müsse, wenn sich auch überstürzte Beschlüsse wegen des Lehrermangels an den Volksschulen und der zu erstrebenden Koordinierung mit den benachbarten Ländern verbieten. Auch auf anderen Gebieten des Kulturlebens erarbeitete der Ausschuss positive Ergebnisse.

Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Junger Demokraten

Anläßlich der Versammlung der jüngeren Mitglieder der Demokratischen Partei am 4. Juni wurde die „Ortsarbeitsgemeinschaft Junger Demokraten“ in Lahr gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Herr Adolf Frieden gewählt. Kreisgeschäftsführer Leimenstoll sprach über die Ziele und das Programm der Demokratischen Partei. Stadtrat Otto Hügl überbrachte die Glückwünsche des Ortsvereins der Partei und betonte, daß der Zeitpunkt gekommen sei, daß unsere Jugend sich für die Politik interessieren und aktiv an der Gestaltung des politischen Lebens teilnehmen müsse. Eine rege und befruchtende Aussprache schloß sich an, in deren Verlauf ein Arbeitsprogramm für die kommenden Monate aufgestellt wurde.

Wiederschen mit Iffezheim

Ich nahm meinen Turfstecker, legte mir einen Fließgitarrenschleier für den Totalisator in die Brusttasche und fuhr nach Iffezheim zum Rennen. Mit mir saßen in dem Sonderzug Tausende von deutschen und französischen Besuchern, die sich später auf den Tribünen und dem Sattelplatz des einzigartig in der Rheinebene daliegenden Rennplatzes zu einem farbenfrohen Bild verteilten. „Baden-Badener Rennen 1948“ steht auf dem Programm, das in meiner Tasche knistert. Erinnerungen an die prunkvollen Rennwochen in den letzten acht Jahrzehnten werden wach.

Einmal war Baden-Baden gesellschaftlich der Vorort von Paris. Was in der französischen Hauptstadt Namen und Stand hatte, fuhr im Herbst nach Deutschland zum Rennen. Aus Frankreich und Berlin-Karlshorst kamen in langen Sonderzügen die Pferde. Die besten Vollblüter gaben sich in Iffezheim ein Stelldichein. Im „Internationalen Club“, der seine Räume in der Lichtenthaler Allee hatte, trafen sich alljährlich die Rennliebhaber aus ganz Europa. Die großen historischen Rennen wurden in Iffezheim gelaufen: „Altes Badener Jagdrennen“, „Großer Preis von Baden-Baden“ und „Fürstinnen-Rennen“. Erstklassige Pferde wie „Ohrander“, „Alba“, „Sturmvolg“ und „Fels“ feierten auf dem grünen Rasen Triumphe. Das kleine, am Rande der Bahn gelegene Dorf Iffezheim wurde in aller Welt bekannt. Feucht-fröhliche Volksfeste feierte man hier. In Baden-Baden war die Rennwoche mit großen gesellschaftlichen Festlichkeiten verbunden. In der

Abenddämmerung begannen die Villen der Lichtenthaler Allee in strahlender Festbeleuchtung zu prangen. Die mondäne Welt traf sich im Hotel „Stephanie“. Vermögenden rollten im Kasino über die Spielstische. In den Jahren vor 1914 dominierten unter den Gästen die Russen. In sechs-spännigen Kutschen jagten sie zum Rennplatz hinaus. Die Großfürsten und Feudalherren des zaristischen Reiches ließen sich die Rennstage Tausende kosten. Noch heute stehen in Baden-Baden die prächtigen Villen, die einst ihnen gehörten und in denen sie nur acht Tage im Jahr wohnten. Höhepunkt der Saison war der Blumenkorsow durch die Straßen der Badestadt. Schon lange sind die Millionen Blumen verweht, die einst Kutschen und Autos schmückten. 1911 überflog während dieser Veranstaltung der Zeppelin Baden-Baden und ließ unzählige Rosen auf die wogende Menge herabregnen.

Der erste Weltkrieg nahm der Rennwoche bereits viel von ihrer ursprünglichen Pracht. Aber in der Welt des Pferdesportes blieb der Ruf Iffezheims erhalten und die ausgesuchten Pferde und Reiter stritten in den nachfolgenden Jahren weiter um den begehrten Siegerkranz. Während sich im Herbst 1939 am politischen Horizont bereits die drohenden Wolken eines kommenden Krieges zusammenballten, schüttelten sich auf dem grünen Rasen zum letztenmal für viele Jahre deutsche und französische Sportsportler die Hände.

In Glanz einer strahlenden Frühlingssonne feiere ich ein Wiedersehen mit der Iffezheim-

mer Rennbahn. Ueber den Dächern der Tribünen weht die Trikolore. Französische Polizisten stehen an den Eingängen und kontrollieren die Eintrittskarten. Französische Offiziere mit goldbestickten Mützen, das Reitstößchen nachlässig unter den Arm geklemmt, entsteigen großen Kraftwagen. Man sieht französische Soldaten aller Schattierungen. Blendend weiße Turbane und brennend rote Schärpen erhöhen das bunte Bild. Marokkaner und Spahis schreiten mit wehenden Burussen durch die Menge. Zivilisten in knöchelfreien Hosenröhren und überlangen Jacketts zeigen den letzten Schrei der Pariser Herrenmode.

Auf der Tribüne erklingt ein Gewirr von Sprachen. Deutsch und Französisch herrschen vor. Dazwischen englische Laute und orientalische Dialekte. In den Logen die elegant gekleideten Frauen der Offiziere in Kleidern mit schmaler Wespentaille und langem, weitem Rock.

Seit 1946 bemüht sich die „Société Française des Courses en Allemagne“, die Tradition der Rennen in Baden-Baden fortzusetzen. Trotz der mustergetreuen Organisation, guten deutschen und französischen Pferdewerks, Sonderzüge und eines gepflegten Rennplatzes sind die glanzvollen Tage von Iffezheim „passé“. Die Zeit ist eine andere geworden! Mag es noch Jahre währen, bis die Baden-Badener Rennwoche wieder ihre internationale Bedeutung zurückgewonnen hat, die Hoffnung besteht. Seit 1947 wurden von der französischen Rennleitung wieder deutsche Ställe zugelassen, allerdings laufen die

Rennen der beiden Nationen heute noch getrennt.

Die ersten Pferde werden in die Bahn geführt. Französische Unteroffiziere sitzen mit hochgezogenen Knien in den Sätteln. Kurzer Aufgalopp. Sammeln am Start, ein Anschwellen des Stimmengewirrs, die Startglocke läutet: das Feld ist zum Jagdrennen querfeldein auf die Reise gegangen. Auf dem Rennzettel suche ich vergebens nach bekannten Pferden, die einst auf den europäischen Turfplätzen umkämpften in die Boxen geführt wurden. Nur im Abstammungsnachweis stoße ich noch auf Namen wie „Wahnfried“, „Walzertraum“, „Sturmvolg“ und „Athanasius“. Dafür sieht man in allen Rennen ausgezeichnete Leistungen, sowohl bei den französischen Offizieren wie auch bei den deutschen Jockeys.

Im Rennrestaurant gibt es Wein und Sekt, die Flasche für 20.— und 30.— Mark. Die deutschen Besucher führen eine wahre Belagerung des Einganges durch. Vorgebers versucht badische Polizei Ordnung zu machen. Bis französische Polizisten eingreifen und für fünf Minuten Luft schaffen. So mancher Besucher aus Baden, Württemberg und Hessen warf kaum einen Blick auf die Rennbahn. Er ist gekommen, um für weniger Geld als auf dem schwarzen Markt sich in eine weinstille Stimmung zu versetzen. Beim Verlassen des Sattelplatzes stolpere ich beinahe über einen, der dort auf dem Rasen seinen Rauch ausschüttet.

Es ist eben so manches anders geworden in Iffezheim!

